

NEWSLETTER

AUSGABE 02/2019



SABINE-WOELFLE.DE



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

die tollen Tage sind vorbei. Der eine ist froh, dass es vorbei ist und der andere freut sich, wenn es bald wieder „degege“ geht. Auch ich habe mehrere Wochen närrische Termine im Wahlkreis wahrnehmen dürfen, Umzüge, Zunftabende und andere Veranstaltungen sind fester Bestandteil meines jährliches Terminkalenders. Dazwischen gab es aber auch fünf Tage der anderen Art, so gar nicht passend zur närrischen Zeit - unsere Präsidiumsreise nach Israel. Neben dem Bericht über die Reise findet ihr in dieser Ausgabe Informationen zu den Dieselfahrverboten, zur Beschäftigung von Schwerbehinderten in der Landesverwaltung und zu meinem Besuch im Schulkindergarten in Wasser.

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen!

Selwa Wolf

DELEGATIONSREISE

MIT DEM PRÄSIDIUM IN ISRAEL



INFORMATIONSTOUR NACH ISRAEL
 LANDTAGSPRÄSIDENTIN ARAS MIT DELEGATION AUF DEM
 DACH DES PAULUS-HAUSES IN JERUSALEM

Auf Einladung der Regierung des Staates Israel war das Präsidium des Landtags im Heiligen Land zu Gast. Hintergrund war die Wahl eines Antisemitismusbeauftragten im vergangenen Jahr.

Da die AfD der Wahl nicht zustimmte, war diese Fraktion nicht vom Staat Israel erwünscht. Wir als Präsidiumsmitglieder waren darüber keineswegs traurig, es ist durchaus berechtigt, dass eine antisemitische und rassistische Partei an dieser Reise nicht teilnehmen durfte.

Die Reise führte uns nach Tel Aviv, Jerusalem, Bethlehem und Shavei Zion. Wir erfuhren viel über die sehr aktive Start Up Szene in Israel, hatten Gespräche mit einem Abgeordneten der Knesset, mit dem politischen Direktor

des Auswärtigen Amtes und mit einem Aktivist, welcher uns die Problematik der geteilten Stadt Jerusalem aufzeigte. Der Besuch in Yad Vashem, der Gedenkstätte zur nationalsozialistischen Judenvernichtung, war hier ein besonderer Moment der jeden von uns tief berührt hat. Im Namen des Landtags hat unsere Präsidentin einen Kranz niedergelegt. Wir verließen die Gedenkstätte schweigend, jedem war bewusst, dass wir hier immer eine besondere Verantwortung haben und uns immer mit Israel und allen

Menschen jüdischen Glaubens verbunden fühlen werden. Der Besuch eines Flüchtlingscamps im Westjordanland, den sogenannten West Banks, war ebenfalls sehr

Zion wo wir Zeitzeugen, die sogenannten Rexinger Juden, kennenlernen durften. In den Jahren 1936 bis 1938 verließen diese Menschen, damals noch Kinder, die schwäbische Heimat und emigrierten



GEDENKSTÄTTE YAD VASHEM
MUHTEREM ARAS BEI KRANZNIEDERLEGUNG

beeindruckend. Wir lernten Flüchtlingskinder, die bereits in der vierten Generation in diesen Elendsstädten leben, kennen. Die Hoffnung der Kinder auf eine Zukunft in Frieden hat mich tief berührt und zugleich deprimiert. Die aktuelle Politik lässt hier kaum Hoffnung auf eine Zweistaatenlösung zu. Viele hoffen in Israel auf einen Politikwechsel bei den anstehenden Wahlen im April. Abschluss der Reise bildete der Besuch in Shavei

nach Israel. Mit schwäbischem Fleiß bauten sie dieses Dorf im Norden Israels auf. Die Gespräche mit diesen Zeitzeugen waren hochinteressant. Ich habe nach dieser Reise mehr denn je das Gefühl gehabt, dieses Land ist nur schwer verstehbar. So viel Widersprüche, trotzdem faszinierend und anziehend. Ich werde sicher wieder hinreisen und hoffe, dass es irgendwann eine gute politische Lösung gibt.

Wir verließen die Gedenkstätte schweigend, jedem war bewusst, dass wir hier immer eine besondere Verantwortung haben und uns immer mit Israel und allen Menschen jüdischen Glaubens verbunden fühlen werden.



DIESELFahrverbote

DICKE LUFT IN DER KOALITION



„Beim Thema Fahrverbote geht es um die Mobilität tausender Menschen auf der einen Seite und die Gesundheit tausender Menschen auf der anderen Seite“. So fasste unser Fraktions- und SPD-Landesvorsitzender Andreas Stoch das Dilemma des Themas zusammen. Seit dem ersten Januar gelten in Stuttgarts Umweltzonen für ältere Dieselfahrzeuge Fahrverbote - mögliche Alternativen ignoriert die Koalition.

Wir, die SPD-Landtagsfraktion, haben empfohlen, dass der Landtag per Beschluss die Fahrverbote für Diesel um zwei Jahre verschiebt. Ein sogenanntes Moratorium wäre insofern sinnvoll, als das innerhalb dieser Frist Fahrzeuge entsprechend nachgerüstet werden könnten. Fahrverbote hingegen erscheinen uns mehr als unverhältnismäßig. Diese kämen einer Teilenteignung gleich und würden gerade Gering- und Normalverdiener stark belasten. Auch das Verwaltungsgericht Stuttgart hatte geurteilt, dass Ausnahmeregelungen in Form von Übergangsfristen durchaus vertretbar seien.

Doch die grün-schwarze Landesregierung ist in dieser Frage zutiefst gespalten. Die CDU scheint unter Regierungs-Schizophrenie zu leiden. Während sie im Landtag munter mit den Grünen Fahrverbote durchdrückt, demonstrieren CDU-Vertreter in Stuttgart zeitgleich gegen Diesel-Fahrverbote. Einen grotesken Höhepunkt erreichte der Streit zwischen Grün und Schwarz, als der stellv. Landesvorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung öffentlich dazu riet, für Verkehrsminister Hermann einen Platz im Gefängnis freizuhalten. Vernünftige Verkehrspolitik scheint mit dieser Regierung nicht möglich zu sein. Die Leidtragenden sind die Dieselseitzer, die sich nicht ohne Weiteres ein neues Auto kaufen können.

SCHWERBEHINDERTE LAND VERSAGT BEI QUOTE



Es ist gesetzlich geregelt, dass private und öffentlich-rechtliche Arbeitgeber, die über mindestens 20 Arbeitsplätze verfügen, auf wenigstens fünf Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen haben.

Arbeitgeber, die diese Quote nicht erfüllen, haben eine monatliche Ausgleichsabgabe zu zahlen. Auch die Landesverwaltung ist verpflichtet, mindestens fünf Prozent der Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen zu besetzen - doch seit vier Jahren kann diese Quote vom Land nicht eingehalten werden.

Spitzenreiter ist das Ministerium für Soziales und Integration. Dort sind über 10 % der Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen besetzt. Schlusslicht ist das Wissenschaftsministerium mit einer Beschäftigungsquote von lediglich 3,76 %. Hauptsächlich handelt es sich hierbei um Menschen, die im Laufe des Erwerbslebens eine Schwerbehinderung bekommen haben, beispielsweise nach einem schweren Unfall oder im Zuge von Krankheit. Entscheidend ist daher aus meiner Sicht, dass das Land Menschen mit Behinderung neu einstellt. Der Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention enthält die Selbstverpflichtung der Landesregierung die geforderte Beschäftigungsquote auf 6 % zu erhöhen. Hierzu hatten wir als SPD-Landtagsfraktion unter anderem gefordert, dass die Landesverwaltung besonders an Schulen und Ausbildungsstätten für Menschen mit Behinderung werben soll. Meine Rede zu dem Thema findet ihr [hier](#).

SCHULKINDERGARTEN

ZU BESUCH IN WASSER



Schulkindergärten pflegen im baden-württembergischen Schulsystem ein Nischendasein. Diese Einrichtungen sind Kindergärten für Kinder mit Behinderung und einem Bedarf an einem sonderpädagogischen Bildungsangebot.

Ziel ist es, Kinder bestmöglich in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen und sie auf die spätere Schullaufbahn vorzubereiten. Um mir einen Überblick über die Situation vor Ort zu verschaffen, besuchte ich den Schulkindergarten Wasserfloh in Wasser. Dieser wird von Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren besucht, die in ihrer Entwicklung einer intensiveren Begleitung und Unterstützung benötigen.

In dem von der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) initiierten Gespräch ging es unter anderem um Leitungsfunktionen in baden-württembergischen Schulkindergärten. Diese werden in der Regel von Fachlehrer*innen übernommen, die jedoch über keinerlei Stellenzulage geschweige denn höhere Besoldungsstufe verfügen. So arbeitet ein*e Fachlehrer*in - welche zuvor eine erste

berufsqualifizierende Ausbildung zzgl. Vorbereitungsdienst absolviert hat - auf der Besoldungsstufe A9. Zum Vergleich: Die Kolleginnen und Kollegen an sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren werden nach A13 besoldet und erhalten somit mehrere hundert Euro mehr im Monat. Auch ist die Freistellung für Leitungsaufgabe viel zu gering meint die Leiterin des Schulkindergartens und GEW-Fachgruppenmitglied Stella Kopf: „Wir Leiterinnen arbeiten mit einem Deputat von 31 Stunden die Woche und erhalten 8 Stunden Freistellung für administrative Aufgaben. Dies reicht nicht mehr für zahlreiche Sonderaufgaben, die in den letzten Jahren dazu gekommen sind“, so Kopf.

In meinen Augen sind die Aufgaben durchaus vergleichbar mit denen einer kleinen Grundschule. Schulkindergärten sind Bildungseinrichtungen und müssen auch als solche behandelt werden. Ähnlich wie an kleinen Grundschulen, braucht es auch hier eine wirksame Entlastung der Leitungsfunktionen und mehr Aufstiegsmöglichkeiten in höhere Besoldungsgruppen. Ich habe zugesichert das Thema in die Fraktion zu tragen und eine parlamentarische Initiative einzubringen. Ich finde es sehr gut, dass sich die Schulkindergärten nun in der GEW organisieren und so ihren Kernforderungen Gehör verschaffen. Wir werden das Thema als Fraktion aufgreifen und uns auch stärker vernetzen.

Termine



Unter dem Titel "Nachhaltig mobil sein: **Bürgerbus**" laden wir euch am 11. März um 19:00 Uhr recht herzlich zu einem **Impulsvortrag** und einer Diskussion mit dem Präsidenten des baden-württembergischen proBürgerbus Verbandes, **Sascha Binder MdL**, ins Rote Haus nach Waldkirch ein.



Am 15. März um 20 Uhr findet im Rocca-Café in **Denzlingen** eine spannende Veranstaltung zum Thema Wohnen statt. Der **wohnungspolitische** Sprecher unserer SPD-Landtagsfraktion, Daniel Born, ist auf meiner Einladung hin zu Besuch in unserem Kreis.

Europa - Was geht das mich an?

Die Zeit für einen **geregelten Brexit** wird immer knapper, am 29. März endet die Frist, nach der das Vereinigte Königreich mit einem Austrittsvertrag die EU verlassen kann. Um Rechtssicherheit für die vereinbarte Übergangsphase bis zum 31.12.2020 zu haben, haben die EU und der Deutsche Bundestag in der Zwischenzeit gesetzliche Regelungen beschlossen, und auch der Landtag von Baden-Württemberg muss handeln. In Kürze steht der Beschluss des Gesetzentwurfes zum Brexit-Übergangsgesetz BW (BrexitÜG-BW / [Drucksache 16/5677](#)) auf der Tagesordnung. Für alle britischen Staatsangehörigen in Baden-Württemberg, die keinen Pass eines weiteren EU-Landes besitzen, bedeutet dies, dass sie am 30. März ihr aktives und passives Wahlrecht verlieren, bei der Kommunal- und Europawahl am 26. Mai also weder wählen dürfen und auch selbst nicht mehr wählbar sind.

Ob es tatsächlich zu einem **geregelten Brexit** kommt, ist unklar, aber es gibt Notfallpläne. Auf EU-Ebene liegen knapp 20 Rechtsakte und über 90 Mitteilungen vor, mit denen Chaos nach einem Brexit ohne Vertrag verhindert werden soll, weil etwa **Flugzeuge** am Boden bleiben müssen, Lkw nicht mehr fahren können oder Erasmus-Studenten mitten im Semester nach Hause geschickt werden. Die Notfallpläne sind zeitlich befristet, jeweils von begrenzter Tragweite und werden von der EU einseitig erlassen – häufig unter der Voraussetzung, dass Großbritannien sich gegenüber EU-Bürgern und Unternehmen genauso verhält. Airline-Lizenzen bleiben vorerst gültig, EU-Bürger, die im Frühling oder Sommer einen Flug mit Tuifly, Easyjet, Ryanair oder Iberia planen, brauchen daher nicht bangen, dass dieser dem Brexit zum Opfer fallen könnte. Auch bei der Eisenbahn, im Lkw- und Busverkehr sollen Genehmigungen noch einige Monate gelten. Auch all bis zum Brexit in Großbritannien von EU-Bürgern erworbenen Renten- und Sozialversicherungsansprüche sollen erhalten bleiben. Umgekehrt sollen Britische Staatsbürger für Kurzaufenthalte von 90 Tagen ohne Visum einreisen, in Deutschland lebende Briten ihr Arbeits- und Aufenthaltsrecht noch mindestens drei Monate behalten dürfen.

Viel zu beachten gibt es indes beim zukünftigen Handel mit Waren und Dienstleistungen und der Verrechnung von Mehrwertsteuer. Damit vor allem kleine und mittelständische Unternehmen nicht kalt erwischt werden, bietet die EU-Kommission für den Fall des „harten“ Brexit Informationsmaterial in allen EU-Sprachen an, darunter eine [Checkliste](#) mit den wichtigsten fünf Punkten. Zudem gibt es ein umfangreiches [Informationsangebot zum Brexit der Bundesregierung zusammengestellt](#).

Dies ist einer unserer Beiträge aus der Rubrik „Europa - Was geht das mich an?“. Bis zu den Europawahlen wird in jeder Ausgabe ein Artikel diesem Thema gewidmet sein.

#Europa